

Gemeinsam – nicht getrennt

Bereitet Rot-Rot in Berlin den Untergang des christlichen Abendlandes vor? Lauscht man den Argumenten der Initiative „Pro Reli“, die dieser Tage Unterschriften für einen Volksentscheid zur Einführung der Wahlfreiheit zwischen Religions- und Ethikunterricht sammelt, könnte dieser Eindruck entstehen. Doch darum geht es nicht.

Als vor zwei Jahren das neue Pflichtfach „Ethik“ startete, wurde der freiwillige Religionsunterricht nicht abgeschafft. Vielmehr wurde für Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster nationaler, ethnischer und kultureller Herkunft eine Möglichkeit geschaffen, die verschiedenen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen, Lebensweisen und -vorstellungen des jeweils anderen kennenzulernen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Nicht über, sondern miteinander reden ist das Ziel, weil es der beste Weg ist, frühzeitig Toleranz, Offenheit und Respekt gegenüber anderen zu vermitteln.

Gesellschaftliche Integration bedeutet für uns weder Anpassung an eine deutsche Leitkultur noch das mehr oder weniger konfliktträchtige Nebeneinanderher-Leben in nach Herkunft und Religionen getrennten Gemeinschaften. Integration bedeutet für uns Austausch, Beteiligung und Achtung voreinander und beinhaltet auch das Austragen von Konflikten auf friedliche und demokratische Weise. Der Ethikunterricht kann helfen, das zu erlernen. Es ist bedauerlich, dass sich ausgerechnet die christlichen Kirchen, die sich um das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt viele Verdienste erworben haben, vor diesem Diskurs fürchten.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Berlin



Foto: Annegret Gabelin

Gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan Tausende folgten dem Aufruf eines bundesweiten Friedensbündnisses und protestierten in Berlin und Stuttgart gegen die Pläne der Bundesregierung, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu verlängern und noch mehr deutsche Soldaten in den Krieg zu schicken.

Starke Bezirke für ein starkes Berlin

Mit dem Antrag des Landesvorstands an den Landesparteitag „Starke Bezirke für ein starkes Berlin“ soll die Diskussion über die Zukunft der Bezirke fortgesetzt werden. Wegen der zunehmenden Geldnot der Bezirke und der von der SPD geforderten Absage an das politische Bezirksamt müssen wir jetzt zu einer eindeutigen Haltung der LINKEN kommen. Wir wollen die politische Handlungsfähigkeit der Bezirke stärken. Die Bezirke erbringen die wesentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere auf bezirklicher Ebene hat die von der LINKEN angetriebene Ausweitung politischer Beteiligungsmöglichkeiten zu einem stärkeren Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Lösung lokaler Probleme geführt. Das ist ein Erfolg. Gleichwohl fragen wir uns zugleich, ob und wie die politischen Entscheidungsprozesse in den Bezirken weiter verbessert werden können. Zum Beispiel durch eine Stärkung der Bezirksverordnetenversammlungen und durch weitere Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger. In Berlin hat es unter den Einsparzwängen der letzten Jahre und im Zuge der Bezirksreform viele Veränderungen im Zusammenspiel von Land und Bezirken gegeben. Das Spannungsfeld zwischen sparsamer, bürgernaher und qualitätsvoller Leistungserbringung und zu geringer finanzieller Ausstattung hat sich vergrößert. Deshalb ist es unserer

Auffassung nach notwendig, die Aufgabenverteilung zwischen Land und Bezirken kritisch zu überprüfen und neu zu ordnen. Dies ist die zwingende Voraussetzung für eine aufgabengerechte und damit auskömmliche Finanzaufweisung an die Bezirke. Die Bezirke sind von den Sparzwängen in Berlin stark betroffen. Dies spüren auch die Bürgerinnen und Bürger Berlins, wenn sie z. B. vor geschlossenen Bibliotheken stehen oder die Grünanlagen nicht mehr so häufig gesäubert werden. Wie viel Geld die Bezirke brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, ist regelmäßig Gegenstand politischer Auseinandersetzungen – auch innerhalb der Koalition. Ob es um die bauliche Unterhaltung, die Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur oder die Unterstützung benachteiligter Familien geht. Deshalb ist es notwendig, die Entscheidung über die Aufgaben der Bezirke und deren Finanzierung auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Die kaum steuerbare, oft willkürliche Einflussnahme der Senatsverwaltung für Finanzen auf die Haushalte der Bezirke muss durch ein transparentes Verfahren mit nachvollziehbaren politischen Schwerpunktsetzungen abgelöst werden. Wir wollen die Bezirke stärken, um Berlin zu stärken.

■ Katrin Lompscher, stellv. Landesvorsitzende

Thema:

LINKE fordert Sozialtarife

LINKE-Senatorin Katrin Lompscher hat sich mit ihrer Forderung zur Einführung von Sozialtarifen für Energiepreise und zum Ausschluss vollständiger Stromsperrungen und Gasabschaltungen für einkommensschwache Haushalte bei den Verbraucherschutzministern der Länder durchgesetzt. Auf Basis eines Berliner Antrags fordern diese nun geschlossen die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Entlastung von Geringverdienern zu treffen.

GE Ident wird aufgelöst

Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat die angekündigte Auflösung der „Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Identitätstäuschung“ (GE Ident) begrüßt. Ursprünglich zur Bekämpfung organisierter Kriminalität gegründet, hatte sich die Arbeit der Ermittlungsgruppe zuletzt faktisch nur noch gegen Flüchtlinge gerichtet, die aus Gründen des Selbstschutzes zu Identitätsverschleierungen gegriffen hatten. Dies sei nicht im Sinne rot-roter Politik gewesen, so die Linksfraktion. Inzwischen verfolgt die Ausländerbehörde einen neuen Ansatz, wonach aufgedeckte Identitätstäuschungen sanktionsfrei gestellt werden.

Gemeinsam, nicht getrennt

Zum Start des Volksbegehrens „Pro Reli“ hat die Linksfraktion ein neues Infomaterial erstellt, das Argumente für ein gemeinsames Schulfach Ethik liefert. Es informiert über die von den Kirchen, CDU, FDP und einzelnen SPD-Bundespolitikern unterstützte Kampagne, die darauf zielt, dass Kinder in Berlin künftig zwischen Religion und Ethik wählen müssten. Das Faltblatt mit dem Titel „Ethik – ein Fach, das verbindet“ ist ab sofort in der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus erhältlich und kann unter www.linksfraktion-berlin.de abgerufen werden.

Abschaffung der Hauptschule ist nur ein erster Schritt

Debatte zur Zukunft der Berliner Schule in vollem Gang. Es geht nicht nur um Strukturen.

Berlins Bildungsminister Zöllner hat vor wenigen Tagen einen Vorschlag unterbreitet, wie er sich die Schulstruktur in der Stadt im Jahre 2014 vorstellt. Das finden wir gut, weil es die stadtweite Debatte befördert. Wir sind uns auch einig, dass endlich die Hauptschule abgeschafft werden muss, weil sie denen, die dort lernen, keine Perspektive gibt. Wie der Weg dabei aussieht, darüber gibt es aber verschiedene Auffassungen. An einem Stichtag Haupt- und Realschulen zusammenzulegen, halten wir für problematisch. Wir wollen, dass ab dem nächsten Schuljahr keine neuen Hauptschüler mehr aufgenommen werden. Die Schulform läuft damit aus und ist nach vier Jahren verschwunden. Die Abschaffung der Hauptschule ist auch nur ein erster Schritt. Auch an den Gymnasien muss sich etwas verändern. Wir wollen das Pferd aber nicht von hinten aufzäumen. Ziel der Linken ist nicht, als Erstes die Gymnasien abzuschaffen. Dafür hätten wir auch keine gesellschaftliche Mehrheit in der Stadt. Wir werben deshalb für die Gemeinschaftsschule und kämpfen nicht gegen das Gymnasium. Auch wenn vieles, was dort geboten wird, leider nur Durchschnitt und Teil des Problems ist, dass Deutschland im internationalen Bildungsvergleich anderen Ländern hinterherhinkt. Für eine bessere Schule muss sich mehr verändern

in Berlin, nicht nur die Strukturen. Die stehen derzeit nur im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Unser Ziel ist, dass Kinder besser individuell gefordert und gefördert werden und mehr Kinder als bisher das Abitur machen können. Wir finden deshalb falsch, dass Schüler nach der sechsten Klasse aussortiert und auf verschiedene Schultypen verteilt werden. Eine aktuelle Studie beschreibt, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien bei gleicher Leistung und gleichen Fähigkeiten eine dreimal geringere Chance auf eine gymnasiale Empfehlung haben als Kinder, die aus sogenannten bildungsnahen Familien stammen. In der Gemeinschaftsschule können Schüler mit- und voneinander lernen und dabei besser individuell gefördert werden. Die ersten Schulen sind in der Stadt gerade mit großem Enthusiasmus gestartet, weitere vom Senator selbst aufgerufen, sich zu bewerben, wenn sie Gemeinschaftsschule werden wollen. Es hieß in der Koalition immer, wir schauen uns 2010 die Ergebnisse an und entscheiden dann, wie es mit der Schulstruktur weitergeht. Dabei bleibt es auch, selbst wenn sich Senator Zöllner persönlich eher eine zweigliedrige Schulstruktur für die Zukunft wünscht.

■ Carola Bluhm, MdB
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Abgeordnetenhaus von Berlin

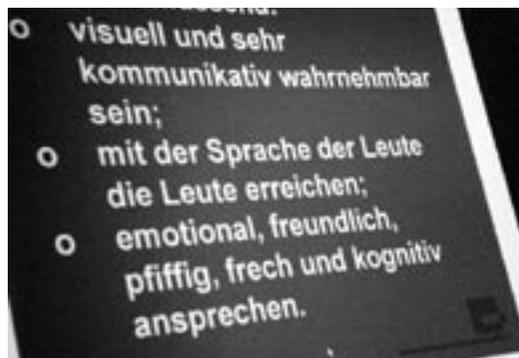


Foto: Annegret Gabelin

„Stell dir mal vor, man kann ganz, ganz viele Leute erreichen – und das fast ohne Geld ...“ Auf einem Workshop unter Leitung des Kommunikationsberaters Wolfgang Nafroth befassten sich Mitglieder unseres Landesverbandes mit neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit – jenseits des traditionellen Infostandes. Sehr praxisorientiert wurden u. a. Vorschläge für eine Bodenzeitung zur Rentenkampagne entwickelt.



Foto: LAG Rechtsextremismus

„Ist Faschismus Geschichte?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt der Veranstaltung mit dem Faschismusforscher Prof. Dr. Wolfgang Wippermann (Foto, daneben Judith Demba als Moderatorin), zu der die LAG Rechtsextremismus am 17.09.08 ins Haus der Demokratie eingeladen hatte. Die Antwort des Referenten lautete ganz klar NEIN, er wies in Europa, so in Italien, aber auch in zahlreichen osteuropäischen Ländern auf aus seiner Sicht eindeutige faschistische Entwicklungen hin. Das interessierte Publikum sorgte im Anschluss für eine lebhaftige Debatte.

Nah bei den Menschen?

Zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

Kurt Beck hatte der SPD ein ehrgeiziges Ziel verordnet: „Nah bei den Menschen“. Das war gut gemeint, hat aber nicht funktioniert. Ich habe den Bundeshaushalt nach diesem Kriterium geprüft: Ist die Regierung mit ihrem Haushaltsentwurf nah bei den Menschen? An drei Punkten kann man zeigen, dass die Koalition vor allem weit weg von den arbeitenden Menschen, den Arbeitslosen und Rentnern ist.

1. Nettoneuverschuldung

Soll die Nettoneuverschuldung bei 10,1 Mrd. Euro oder bei 9,9 Mrd. Euro liegen? Das war das zentrale Thema für CDU, SPD, FDP und Grüne in der Haushaltsdebatte. Doch die Regierung müsste schon heute keine neuen Kredite aufnehmen, wenn sie nicht in den letzten Jahren Milliarden an Unternehmen und Wohlhabende verschenkt hätte. Ich erinnere: Eichels Steuerreformen: – 50 Mrd. Euro. Die aktuelle Unternehmenssteuerreform: – 10 Mrd. Euro. Die Rettung der IKB: – 10 Mrd. Euro. Die Regierung hat ein simples Muster: Sie verteilt von unten nach oben, rechnet sich arm, um dann zu erklären, dass es an die Bedürftigen nichts zu verteilen gibt.

2. Arbeit und Soziales

Die Regierung argumentiert, dass allein die Größe des Haushalts des Ministers für Arbeit und Soziales zeigt, wie sozial die Regierung ist. An den sogenannten „Aufstockern“ kann man zeigen, dass diese Argumentation zu schlicht ist. Die Regierung hat mit den Hartz-Gesetzen einen

kannibalisierenden Arbeitsmarkt geschaffen. Sie hat den Unternehmen die Möglichkeit angedient, Hungerlöhne durch Steuergelder aufstocken zu lassen. Die Unternehmen werden auf diese Weise mit 9 Mrd. Euro jährlich subventioniert. Die LINKE sieht nur eine Lösung gegen Dumpinglöhne: einen gesetzlichen Mindestlohn! Die Kanzlerin hat sich wieder gegen den Mindestlohn ausgesprochen und die Tarifautonomie beschworen. Das ist gerade in Ostdeutschland völlig wirklichkeitsfremd, da es da kaum noch Tarifpartner gibt, die Mindestlöhne verhandeln könnten.

3. Bundeswehrhaushalt

7 Jahre Krieg in Afghanistan haben gezeigt, dass man mit militärischen Mitteln keine globalen Probleme lösen kann. Trotzdem zahlt die Bundesregierung rund 31 Mrd. Euro – das ist der zweitgrößte Haushalt – an die Bundeswehr, besser gesagt, an die Rüstungslobby. Denn kein einziges Rüstungsprojekt wurde nach dem Kalten Krieg gestrichen, obwohl sich angeblich die Sicherheitslage dramatisch geändert hat. Schon daran sieht man, es geht weniger um die Sicherheit der Bürger als um die Aktienkurse von EADS und anderen Rüstungsfirmen.

Wirklich nah bei den Menschen ist aus dieser Koalition nur Minister Schäuble, mit Kameras, Mikrofonen und Trojanern, doch so haben wir uns die Nähe zum Menschen nicht vorgestellt.

■ Gesine Löttsch, MdB

Mindestlohn: Ja, ... nein, ... ein bisschen?

„Nach zähem Streit hat sich die Koalition auf gesetzliche Regeln für weitere Branchen-Mindestlöhne geeinigt. Das Bundeskabinett beschloss das neue Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungen-gesetz (Mia)“, konnte man am 16.07.08 in der Tagesschau vernehmen. Im Herbst soll es dazu den Beschluss im Bundestag geben.

Aber hat sich tatsächlich was in Richtung Mindestlöhne bewegt? Nein, nicht wirklich. Es bedarf wesentlicher Nachbesserungen, um beide Gesetzentwürfe akzeptabel zu gestalten, denn die jetzigen Gesetzentwürfe sind nicht geeignet, existenzsichernde Mindestlöhne durchzusetzen. Z.B. ist im „Mia“ ein Bestandsschutz für Tarifverträge von Pseudogewerkschaften enthalten. Damit läuft das ganze Vorhaben ins Leere. Auch im neugefassten Entsendegesetz sieht die Bundesregierung Möglichkeiten vor, repräsentative Mindestlohn-tarifverträge auszuhebeln. Denn wenn für zwei oder mehr Tarifverträge die Allgemeinverbindlichkeit nach dem Entsendegesetz beantragt wird, soll der Verordnungsgeber die widerstreitenden Grundrechtsinteressen „zu einem schonenden Ausgleich“ bringen, also Kompromisse finden. Das ist nicht akzeptabel und von Schutz vor Dumpinglöhnen kann nicht die Rede sein. Der Entwurf für das Entsendegesetz sieht außerdem vor, dass ein Tarifvertrag nur noch dann für allgemeinverbindlich erklärt werden kann, wenn er bundesweit abgeschlossen ist. Es bleibt dabei: Wir brauchen einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn. DIE LINKE schlägt hier einen Mindestlohn von 8,44 Euro vor. Damit macht man immer noch keine großen Sprünge, aber es ist ein Stundenlohn, der wenigstens den meisten Menschen ein Einkommen zum Auskommen sichert.

■ Benedikt Frank, Sprecher der Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft

TIPP!

Friedrichstadtpalast: Qi - eine Palastfantasie

mittwochs und donnerstags auch mit 3-Euro-Ticket

Termine:

8. Oktober

Kulturdebatte Neue Medien

Das Fernsehen im Digitalzeitalter und die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Referent: Jörg Wagner (RBB)

Eintritt: 1,50 Euro

19.30 Uhr, Theaterhaus Mitte, Koppenplatz 12, 10115 Berlin

9. Oktober

Reihe »Kino der Wünsche«

»Das Kaninchen bin ich«

DEFA 1965, Regie: Kurt Maetzig

Eintritt: 4 Euro/ermäßigt 2 Euro

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

9. Oktober

»Verstaatlichung oder Rekommunalisierung?«

Diskussion mit Dr. Klaus Lederer

19 Uhr, Volkssolidarität, Wolfshagener Str. 74, 13178 Berlin

13. Oktober

»Öffentlicher Dienst in Berlin«

Diskussion mit Elke Breitenbach, MdA, und Dr. Wolfgang Albers, MdA

18 Uhr, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin

15. Oktober

Evrin Baba lädt ein:

Spitzenpositionen

Wie Frauen Männerdomänen und Führungsetagen erobern

Mit Prof. Dr. Barbara Lenz, Leiterin des Berliner Instituts für Verkehrsforschung am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt

18 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107

Um Anmeldung wird gebeten:

Telefon 030.23252592

elias@linksfraktion-berlin.de

27. Oktober

Forum Politik und Ökonomie

Wachsender privater Kapitalreichtum

– zunehmende Zerstörung öffentlichen Reichtums

Kritisches zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Referent: Prof. Dr. Dieter Klein

Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz

Eintritt: 1,50 Euro

18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

29. Oktober

Armutsalarm in Neukölln. Droht dem Bezirk das soziale Aus?

mit der Senatorin Dr. Knake-Werner (DIE LINKE)

und dem Stadtsoziologen Prof. Dr. Häußermann

19 Uhr, Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 23. 9. 2008

Kalenderblatt: 16. Oktober 1998 Geburtsstunde der ganz großen Militärkoalition

Es war eine turbulente Sitzung, zu der sich der Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 zusammenfand, und sie hatte einen durchaus ungewöhnlichen Anlass: Eine abgewählte Bundesregierung wollte sich vom gleichfalls abgewählten Parlament den Segen erteilen lassen, wider geltendes Völkerrecht Militär in Marsch zu setzen.

In den Wochen davor war viel über Gräueltaten im Kosovo zu hören und zu lesen gewesen, für die man vornehmlich serbische Streitkräfte und Paramilitärs verantwortlich machte: systematische Diskriminierung, Vertreibung, Vergewaltigung, Völkermord. Die internationale Gemeinschaft, so hieß es, stehe dem machtlos gegenüber, weil sie an Androhung und Einsatz militärischer Gewalt durch das absehbare Veto Russlands im UN-Sicherheitsrat gehindert werde – und weil sie ohne dieses Mittel dem zum skrupellosen Schlächter stilisierten jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic keinen Einhalt gebieten könne.

Heute haben sich viele der vorgebrachten Argumente als politisch und historisch falsch herausgestellt, der NATO – immer auf der Suche nach neuen Aufgaben – kamen sie gerade recht: Sie beschloss, Völkerrecht Völkerrecht sein zu lassen und auf eigene Faust eine Drohkulisse aufzubauen – bis hin zum Angriffskrieg. Deutschland, das war klar, sollte diesmal dabei sein. Noch fehlte der NATO die Erfahrung mit offenen Völkerrechtsbrüchen, und auf dieses

unbekannte Terrain wollte man sich möglichst geschlossen bewegen. Die frisch gewählte – aber noch nicht angetretene – Regierung Schröder indessen wollte die ersten Tage des langersehnten Projekts Rot-Grün nicht mit unschönen Fragen von Krieg und Frieden bedeckt sehen – und insbesondere die grüne Wählerschaft hätte einen solchen Einstieg wohl auch übelgenommen. Folglich wurden die Modalitäten zwischen alter und neuer Regierung in Hinterzimmergesprächen abgestimmt und als Antrag der ohnehin scheidenden Regierung Kohl in einer Sondersitzung des Bundestages verabschiedet. Die später folgende direkte Beteiligung am Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien als erster Kampfeinsatz der Bundeswehr konnte so dann noch als „Kontinuität deutscher Außenpolitik“ verkauft werden – angesichts derartig vieler Premieren eine bemerkenswerte Umetikettierung. So wurde der 16. Oktober zur Geburtsstunde der ganz großen Koalition aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, die sich seither jedes Mal wieder zusammenfindet, wenn es darum geht, ohne Rücksicht aufs Völkerrecht die Bundeswehr durch die Welt zu schicken.

■ Paul Schäfer, MdB,
verteidigungspolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE

SERVICE

11. Oktober:

**3. Tagung des 1. Landesparteitages
„Starke Bezirke für ein starkes Berlin“**

9 Uhr, Max-Taut-Aula, Fischerstr. 36, 10317 Berlin (Nähe S-Bhf. Nöldnerplatz)

DIE LINKE



DIE LINKE ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten/innen auf zur Teilnahme an der Demonstration „Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!“

11. Oktober, 14 Uhr, Alexanderplatz